

PRESSEINFORMATION

Mannheim, Sonntag, 24. Januar 2021

Rede von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz anlässlich des virtuellen Neujahrsempfangs 2021**Es gilt das gesprochene Wort**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Bürgerinnen und Bürger Mannheims und der Metropolregion,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem virtuellen Neujahrsempfang 2021.

Ich begrüße Sie im Namen des Gemeinderats und im Namen der Kollegin und der Kollegen, Christian Specht, Michael Grötsch, Dirk Grunert sowie Professor Diana Pretzell und Ralf Eisenhauer, beide seit dem 1. Januar neu im Kreise der Dezernenten.

Meine Damen und Herren,

Ihnen allen wünsche ich - auch im Namen meiner Frau - ein gutes neues Jahr 2021, vor allem Gesundheit und persönliches Glück.

In Krisenzeiten sind unser individuelles Glück und die gesellschaftliche Entwicklung noch weniger voneinander zu trennen. Der dringlichste Wunsch für 2021 ist deshalb, dass wir diese weltweite Krise und ihre Folgen überwinden können.

Mir ist es wichtig, mich gleich zu Beginn bei all denjenigen zu bedanken, die in dieser Krise für andere da waren, die in ihren beruflichen Funktionen, als Selbständige, Unternehmer oder im Engagement als Bürgerinnen und Bürger einen entscheidenden Beitrag geleistet haben, dass die Krise gemindert, dass konkret geholfen, dass Zusammenhalt bewahrt und Hoffnung gegeben wurde.

Wir richten unseren Blick zu wenig auf diese entscheidende Leistung und vor allem zu wenig auf die positive und konstruktive Haltung, die hinter dieser Leistung steht. Ohne diese Haltung kann nicht nur diese Krise nicht überwunden werden, ohne diese Haltung kann eine Gesellschaft sich nicht positiv entwickeln. Danke dafür.

Corona und die Folgen sind natürlich das den Rückblick wie den Ausblick bestimmende Thema aber auch in dem Sinne, dass die Fragen, die uns über die letzten Jahre bewegt haben – Demokratie und Rechtsstaat, Bildung, sozialer Zusammenhalt, Klima, Natur und

Nachhaltigkeit, Wohnen und Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen – alle berührt sind und im Lichte der Erfahrungen des letzten Jahres noch einmal neu zu bewerten sind.

Die Pandemie selbst verlangte immer neue Entscheidungen, Anpassung an die jeweils aktuellen Erkenntnisse. Auf der Habenseite des Jahres 2020 steht für mich, dass hierfür die übergroße Zahl der Menschen ein großes Verständnis hatte. Sicher: Die Veränderung der Maßstäbe und Ziele während der Pandemie hätte m.E. noch transparenter gestaltet und mit mehr Erklärungen versehen werden können. Hier hat es die Verantwortungsteilung im Föderalismus nicht leichter gemacht. Umgekehrt war der Föderalismus zum raschen Handeln und Finden einer ausgewogenen Strategie in vielen Phasen auch förderlich.

Zwei Dinge sind aus meiner Sicht kritisch zu bewerten:

Es gab einen Wunsch nach Kontinuität in den Entscheidungen, der sich immer wieder durchgesetzt hat, mit Schlagworten wie „kein Auf und Ab“, keine „Jo-Jo-Politik“. Dieser Wunsch stammt aus dem klassischen politischen Alltag, hat aber mit Pandemiebekämpfung nichts zu tun. Auch ist die Tatsache, dass wir auf Sicht fahren, kein Argument dafür, auf Szenarien zu verzichten und mögliche Entscheidungen nicht frühzeitiger detailliert zu beschreiben und zur Diskussion zu stellen. Das gilt insbesondere auch für die nächsten Wochen. Korrekturen sind dabei kein Verlust an Glaubwürdigkeit. Im Gegenteil: Die Politik hätte sich noch stärker und schneller als lernendes System verhalten und zeigen können.

Für die Entwicklung im Herbst muss man feststellen: Nicht die Öffnungen des Sommers waren ein Fehler. Problematisch war etwas Anderes: Einen zweiten Lockdown zu verhindern war zu sehr ein eigenständiges Ziel. Ein deutlich früherer, kurzer Lockdown und eventuell sogar eine Wiederholung hätte die Dynamik brechen können. Und unterschätzt worden ist – und da schließe ich mich nicht aus - dass trotz breiter Testung und Nachverfolgung, in so kurzer Zeit eine uns überfordernde Dynamik des Anstiegs entstehen konnte. Und unterschätzt worden ist die Zeitstrecke, die es braucht, um von hohen Inzidenzen wieder in den Bereich eines kontrollierbaren Geschehens zu kommen. Die Wirkung des sogar umfassender angelegten Lockdowns auf das Verhalten der Menschen ist geringer als im Frühjahr.

Die Folgen sind bitter. Deutlich mehr Menschen sind in der zweiten Welle gestorben als im Frühjahr oder haben schwere Verläufe erlebt. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass hinter den Zahlen Menschen und Schicksale stehen. Wir wollen gerade in diesem Moment an sie und ihre Angehörigen denken.

Die niedrigeren Infektionszahlen und die Impfungen von besonders gefährdeten Menschen geben Hoffnung, dass wir diese Phase bald überwinden werden.

Wir brauchen aber auch ein breites Verständnis, dass deutlich niedrigere Zahlen gehalten werden müssen. Auch mäßig riskante Verhaltensweisen, die uns bei niedrigen Zahlen einen einigermaßen normalen Alltag erlauben, sind bei hohen Inzidenzen nicht möglich, weil sie dann das Infektionsgeschehen weitertreiben. Das heißt - unter allen Aspekten: gesundheitlich, sozial und wirtschaftlich - bis zu einer breiten Impfung müssen die Zahlen unter 50 kommen und bleiben. Das muss unser gemeinsames Anliegen sein.

Von drei Faktoren wird es abhängen, wie schnell wir in ein normales städtisches Leben zurückfinden können:

Wie sehr sich alle an die Mindestregeln - Abstand, Maske, Lüften – halten, wobei das Tragen von Masken die wichtigste und wirksamste aller Maßnahmen ist.

Wie schnell und in welchen Mengen wir impfen können.

Und auch etwas vom Wetter: Ein schönes Frühjahr, das das Geschehen wieder nach außen verlagert, würde helfen.

Und wir müssen alle hoffen, dass sich durch Mutationen die derzeitigen Prämissen für die Bekämpfung des Virus nicht grundlegend ändern. Im Augenblick wissen wir darüber zu wenig.

Bei der Rückschau auf das Jahr 2020 und dem weiteren Ausblick sollten wir eines nicht aus dem Auge verlieren: Wir dürfen uns glücklich schätzen in einem stabilen und funktionierenden Sozialstaat zu leben, der auch in einer solchen Krise handlungsfähig ist. Das Instrument der Kurzarbeit hat einmal mehr einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie wir ihn in anderen Ländern sehen, vermeiden können - und die Hilfsprogramme für Selbstständige und Unternehmen sind im internationalen Vergleich in ihrer Dimension außergewöhnlich, auch wenn ihre operative Umsetzung dringend, das heißt in diesen Tagen verbessert werden muss. Hunderttausende sind in besonderer Weise darauf angewiesen.

Nach Prognosen der Forschungsinstitute besteht die begründete Hoffnung, dass die deutsche Wirtschaft mit Überwindung der Krise ein robustes Wachstum zeigen wird, das schon im nächsten Jahr die Einbrüche ausgleichen kann.

Kritik ist in vielen Details berechtigt, sie darf aber nicht - im wahrsten Sinne des Wortes – „maß“-los sein. Ein Teil der Bevölkerung bewertet unsere Institutionen in einer Weise, die weder einem historischen Vergleich noch einem aktuellen Vergleich mit anderen Staaten gerecht wird.

Diese Maßstabslosigkeit von Kritik untergräbt nicht nur Vertrauen, sie lässt einen vernünftigen Wettbewerb der Konzepte und Personen, also den politischen Wettbewerb in einer

Demokratie ins Leere laufen, weil konstruktives Bemühen so ohne Chance bleibt, differenziert wahrgenommen zu werden, und weil so der Eindruck entsteht, dass nur destruktive Kritik politischen Erfolg verspricht. Ich appelliere an alle Demokraten, hier achtsam zu sein.

Ordnen wir die Dinge immer wieder ein.

Dies ist gerade mit Blick auf die Landtags- und Bundestagswahl in diesem Jahr von Bedeutung.

Die Art der Auseinandersetzungen bis hin zur Negierung der Existenz von Corona und die erschreckenden Entwicklungen in den USA haben die Frage nach der Zukunft der Demokratie und die wachsende Spaltung in den offenen Gesellschaften noch stärker in den Fokus gerückt.

Es sind Fragen, mit denen wir uns durchgehend und immer wieder in unserer Stadt auseinandergesetzt haben. Für das große Engagement so vieler für Begegnung und Dialog, für unsere Demokratie, möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.

Bei allen Bemühungen ist eines bislang nicht gelungen: das Gespräch mit denen, die sich von unserem Staatswesen abwenden. Die Distanz zwischen einer deutlichen Mehrheit, deren Vertrauen in die Institutionen sogar wächst, und einer Minderheit, die weiter Vertrauen verliert, nimmt zu. Corona hat auch diesen Prozess beschleunigt und selbst zwischen guten Bekannten taten sich Risse auf. Wenn hier Dialog und Gespräch kaum noch möglich sind, wie ist dann der Austausch für Politik und Institutionen möglich? Es sind Fragen, die uns bewegen müssen. Und eine Antwort fällt schwer: Sie kann weder darin liegen, die Verneinung von Fakten und die Verachtung von Institutionen hinzunehmen und gesellschaftsfähig zu machen, noch kann sie darin liegen, jedes Gespräch und jeden Kontakt einzustellen.

Wir müssen aber auch feststellen: Die Versuche der argumentativen Auseinandersetzung, die schnell eskaliert, die hundertfach wiederholten Debatten in den sozialen Medien sind eher Belege der Spaltung als gelungene Brückenschläge.

Vielleicht bietet genau dieses Jahr 2021 mit der Überwindung der Pandemie auch die Chance, unser Zusammenleben konstruktiver zu gestalten, rückblickend Entwicklungen und Einschätzungen noch einmal neu zu bewerten, doch noch in ein vernünftiges Gespräch zu kommen. Und vielleicht liegt auch hier eine Chance in der Lokalisierung: wenn wir nicht auf die fernen Fachleute aus den Medien verweisen, sondern Menschen aus der Nähe zuhören, die aus ihrer Kenntnis und Erfahrung berichten können. Einmal mehr ist auch unser Bildungssystem gefordert: Die Grundlagen unseres Staatswesens zu kennen und Information beschaffen und bewerten zu können sind unverzichtbares Wissen und Kernkompetenz in einer Demokratie.

Wir müssen uns aber auch um mehr Verständnis dafür bemühen, wie das Gefühl entsteht, nicht dazuzugehören und von einer Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen zu werden. Diskussionen und argumentativer Austausch mindern diese Gefühlslagen ersichtlich nicht. Bleibt es allein dabei, verstärkt das wohl eher die Distanz.

Auch objektiv feststellbare ökonomische Faktoren tragen zur Spaltung bei. Auch wenn sie die beschriebenen Phänomene nicht allein erklären, müssen wir darüber sprechen:

Am Ende dieser Krise wird sich der Schuldenstand des Staates deutlich erhöht haben, private Vermögen werden voraussichtlich trotz der Krise deutlich gewachsen sein. Zugleich haben wir gerade gesehen, wie wichtig ein leistungsfähiger Staat in der Krise ist. Auch hier gibt populistische Politik Schein-Antworten, die nicht weiterführen: Der Staat soll in der Krise unterstützen, tut dort nie genug, darf aber keinesfalls Geld beschaffen. Wie wir die Lasten realistisch und gerecht verteilen, wird eine zentrale und wichtige Debatte und Entscheidung sein. Ob sie von allen Seiten, die Verantwortung tragen, seriös geführt wird, hat langfristig größte Bedeutung.

Meine Damen und Herren,

unsere Bemühungen der letzten Jahre waren darauf ausgerichtet die Resilienz unserer Stadt zu erhöhen – das heißt, ihre Fähigkeit, Krisen gut zu bewältigen. Je vielgestaltiger eine Stadt ist, je mehr kreative, tatkräftige Menschen in ihr leben, aus je mehr Quellen ihr Wohlstand stammt, um so resilienter, umso widerstandsfähiger ist sie.

Mehr Bildung, mehr und unterschiedliche Unternehmen, die Ansiedlung von Wissenschaft und Hochschulausbildung, mehr Lebensqualität, das waren und sind wichtige Eckpfeiler unserer Strategie und sie hat Früchte getragen und wird dies in den nächsten Monaten und Jahren tun.

Hinzukommen aber weitere Elemente, die schon vor Corona erkennbar waren und angelegt sind: Dazu gehört die Stärkung der regionalen Versorgungsketten und dazu gehören Unternehmen, die sich sozialer Themen als Kern ihrer unternehmerischen Tätigkeit annehmen. Im Mai wird die sogenannte Sozialwirtschaft Thema einer gemeinsamen Konferenz mit der Europäischen Union sein, die zum Teil virtuell und zum Teil real in Mannheim stattfinden wird.

In gleich mehrfacher Hinsicht zeigt sich, welchen Beitrag medizinische Forschung und Krankenversorgung für die Resilienz einer Stadt leisten. Die positive Entwicklung der Leistungsfähigkeit unserer Universitätsmedizin hat sich in diesem Krisenjahr ausgezahlt. Die gestiegenen ökonomischen Lasten machen aber eine Lösung noch dringender. 2020 sind wir wichtige, ja visionäre Schritte gegangen:

Eine von Universität Heidelberg, den beiden Universitätskliniken und renommierten Forschungsinstitutionen hier erarbeitete und von internationalen Experten als tragfähig bewertete Konzeption, die, wie der Spiegel schreibt, das Potential für eine „Charité am Neckar“ hat, wurde dem Land vorgelegt. Entscheidende Beschlüsse stehen noch aus und sie müssen 2021 fallen, denn sie sind auch ein wichtiger Beitrag des zur wirtschaftlichen Zukunft Baden-Württembergs und zum Erhalt unserer Handlungs- und Investitionsfähigkeit.

Wir sind in der Lage, auch diese Krise nicht nur zu überstehen, sondern neue Kraft zu schöpfen. Das ist uns in der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 gelungen! Wichtige Weichenstellungen sind damals gerade in der Krise vorgenommen worden, ein großes Investitionsprogramm wurde realisiert. Damals aufgenommene Schulden sind komplett wieder zurückgeführt. Seit weit über einem Jahrzehnt hat Mannheim damit keine Nettoneuverschuldung. Dies wird selbst in dieser Krise unmittelbar nicht nötig sein.

Wir sind aber mitten in einem außergewöhnlichen Ausbau beziehungsweise einer Veränderung der Infrastruktur – bei Schulen, Bädern, Kultur, ÖPNV, Stadtentwicklung, die bis weit in die zweite Hälfte der 20er Jahre anhalten wird. Es geht dabei um die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Mannheim steht da nicht allein.

Die meisten Städte haben diesen Modernisierungsbedarf.

Die Investitionskraft für diese Modernisierung zu erhalten, ist zentral und setzt voraus, dass auch in diesem Jahr und eventuell noch 2022 die Haushalte der Kommunen stabilisiert werden. Hier, in den Kommunen ist der Staat den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten. Gerade diese Zeit zeigt, wie wichtig die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist. Dabei ist die Unterstützung der Kommunen konjunkturell und strukturell eine der effektivsten und günstigsten Maßnahmen: Der Ausgleich der Gewerbesteuer kostete Bund und Länder - man kann sagen: lediglich - 12 Mrd. Euro.

Dies muss - wie auch der Ausgleich der Verluste bei ÖPNV und Kliniken – auch 2021 erfolgen. Die Kommunen können so einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung leisten.

Die angesprochenen Investitionen sind Teil des größten Veränderungsprozesses seit dem Wiederaufbau der 50er.

Die Krise gibt uns allen Anlass, diese Veränderungen zu überprüfen, die Erfahrungen auszuwerten und zwei Fragen zu beantworten: Sind die Themen der Veränderung richtig gewählt? Und: Sind die Veränderungen ausreichend?

Meine Damen und Herren,

Ich kann mit großer Überzeugung die erste Frage bejahen. Ja, die Themen sind richtig gewählt.

Corona hat nicht nur eine Krise ausgelöst, die ohne Vergleich ist in den letzten Jahrzehnten. Das Merkmal dieser Pandemie ist, dass sie oft bestehende Trends beschleunigt hat und bestehende Problemlagen verschärft hat. An vielen der entwickelten Programme haben Felicitas Kubala und Lothar Quast einen großen Anteil, denen ich an dieser Stelle für ihr engagiertes und erfolgreiches Wirken als Bürgermeister für die Bereiche der Stadtentwicklung und Umwelt danken möchte.

Da die Corona-Krise die Bedeutung der im Zentrum unserer Strategie stehenden Themen noch unterstrichen hat, ist eher die Frage, wie wir Tempo und Zielgenauigkeit noch erhöhen können. Der zentrale Begriff der Nachhaltigkeit bleibt die Richtschnur.

Europa wird die gigantischen Programme der Krisenbewältigung darauf konzentrieren. Die Europäische Kommission hat den sogenannten europäischen Green Deal, einen Pakt zur ökologischen Modernisierung ausgerufen. Von Mannheim aus haben wir mit der virtuellen Konferenz der nachhaltigen Städte im September darauf Bezug genommen und eine Umsetzung auf lokaler Ebene eingefordert und angeboten. Nur mit Zehntausenden von lokalen Green Deals kann Europa seine Ambitionen erfüllen. Als Gastgeberstadt und Mitautoren der Mannheim Message, der Mannheimer Botschaft, wollen und müssen wir mit entsprechendem Beispiel vorangehen.

Wir wollen in den nächsten Monaten einen Rahmen und Maßnahmen beschreiben, wie wir als Stadt, aber auch als Stadtgemeinschaft, die ökologische Transformation organisieren, klimaneutral werden, soziale Teilhabe und Lebensqualität erhöhen und Wohlstand erhalten.

Die Nutzung der Potentiale der Digitalisierung ist unter all diesen Aspekten ein wichtiger Treiber. Auch hier ist die Krise ein Beschleuniger und in der Krise konnten wir mit unseren Ansätzen den Bund überzeugen. Er fördert uns als Modellstadt in der Entwicklung neuer digitaler Dienstleistungen mit einem 15-Mio.-Euro-Projekt.

Corona hat uns allen verdeutlicht, wie wichtig unsere direkte Umgebung ist, und welche Potentiale sie hat, aber auch ihre Schwächen offengelegt. Der öffentliche Raum litt in der Vergangenheit unter Geringschätzung. Da er untergenutzt war, fehlte es an sozialer Kontrolle. Er war zu wenig Begegnungsort. Deutlich wurde auch: Es gibt an vielen Stellen zu wenig Raum für diejenigen, die schwächer sind, nicht so schnell sind, nicht so groß. Der Kopenhagener Stadtplaner Jan Gehl, Träger unseres Bertha- und Carl-Benz-Preises, nennt als Maßstab für eine lebenswerte Stadt für alle, dass wir uns fragen sollten, ob sich achtjährige wie 80jährige in ihr sicher bewegen können.

Wollen wir dem gerecht werden, müssen wir den öffentlichen Raum auch anders verteilen. Und: Wenn wir den öffentlichen Raum als unser gemeinsames Wohnzimmer entdecken, müssen wir ihn anders behandeln. Auch wenn es Umstellung bedeutet: Im Ergebnis werden

alle an Lebensqualität gewinnen. Die Krise ist hier eine Chance, deutlich schneller voranzukommen.

Besondere Wertschätzung haben 2020 die Naherholungsgebiete und die Grünflächen erfahren. Auch hier können wir uns bestätigt sehen: Mit Lameygarten und Lauerschen Gärten hatten wir die Aufwertung unserer Grünanlagen schon begonnen. Das ist gut investiertes Geld. Der Ausbau der Grünanlagen und Naturräume ist nicht nur durch die BUGA ein zentraler Fokus der nächsten Jahre. Und wir starten nicht von Null. Das statistische Landesamt hat erst vor wenigen Tagen einen Vergleich veröffentlicht, wonach Mannheim unter den zehn größten Städten in Baden-Württemberg den zweithöchsten Anteil an Grünanlagen hat. Der wird sich durch die Erweiterung der Grünräume in der Konversion noch erhöhen.

Wie wichtig angemessener, bezahlbarer Wohnraum und gute Nachbarschaften sind, auch das hat das letzte Jahr noch einmal verdeutlicht. Energetische Sanierung, Aufwertung der Umgebung, neue Wohnangebote – hier ist außergewöhnlich viel gelungen.

Am stärksten sichtbar in Franklin, aber auch auf der Schönau und in vielen Einzelprojekten. Nach längerer Zeit sind erstmals wieder geförderte Sozial-Wohnungen entstanden. Die neuen Förderprogramme, die dies endlich wieder zugelassen haben, haben wir sofort genutzt.

Noch stärker wollen wir in jedem Stadtteil die Vorhaben und Dienstleistungen der Stadt koordinieren, die Stadtteilorientierung ausbauen. Das Gefühl von Heimat und die Identifikation brauchen die zwei Anker - den des eigenen Stadtteils und den der Gesamtstadt mit ihren zentralen Angeboten und Orten.

Das Virus hat insbesondere die Städte getroffen. Die Pandemie hat all das unmöglich gemacht, was wir mit urbanem Leben verbinden: einen Bahnhofsplatz mit über 100.000 Passanten am Tag, vollbesetzte Theater und Kinos, Nachtleben mit Clubs, Restaurants und Bars, Straßenfeste und Sportveranstaltungen, die Stadt als Begegnung mit den Fremden, den Touristen, Kongressbesuchern, Geschäftsreisenden und am Ende auch die Stadt als Marktplatz, als zentraler Ort des Handels.

Und auch hier ist Corona ein Beschleuniger von Trends. Manche haben schon wieder den Abgesang auf die Stadt angestimmt. Das kennen wir schon aus den vergangenen Jahrzehnten.

Tatsächlich haben die Städte jedoch in den letzten zwei Jahrzehnten eine nie dagewesene Blüte erlebt. „Der Triumph der Stadt“ nannte der Harvard-Ökonom Edward Glaeser seinen Bestseller.

Besonders infrage gestellt wird die Funktion als Handelszentrum. Und die Entwicklung im Einzelhandel macht uns große Sorge. Wird die Stadt deshalb ihre historische Funktion als

Handelsort verlieren? Eindeutig: Nein. Aber das heißt nicht, dass sie sich nicht verändert, dass sich vor allem der Handel in ihr nicht verändert. Er wird weniger Fläche in Anspruch nehmen, er wird einen anderen Charakter bekommen beziehungsweise seine Qualitäten noch stärker ausspielen müssen. Tasten, schmecken, riechen, anprobieren, beraten lassen, Gemeinschaft erleben, die Kombination mit anderen Aktivitäten, das Erlebnis – das alles geht nur in der Realität der Stadt, nicht im Internet.

Diesen Wandel gilt es weiter zu begleiten und mitzugestalten. Wichtig ist dabei, dass Unternehmen in dieser beispiellosen Krise ausreichend Hilfe erhalten, und dass die Städte Steuerungsmöglichkeiten haben. Nicht allein die immobilienwirtschaftliche Logik darf die Stadt prägen. Dann kann sich aus dem Wandel auch Bereicherung ergeben. Die Fußgängerzonen der großen Handelszentren, auch Mannheims, sind nach Geschäftsschluss eine recht öde Veranstaltung. Das kann sich ändern.

Die Lust auf die Stadt wird wiederkommen. Mit der Entdeckung des eigenen Landes wird auch der Städtetourismus jenseits der Hauptstädte weiter boomen.

Der „Dritte Ort“, also der Ort an dem wir uns gerne aufhalten, der aber weder unsere Wohnung noch unser Arbeitsplatz ist, hat eine immer größere Rolle gespielt. Corona hat diesen Trend unterbrochen, aber es gibt kein Zeichen, dass er gebrochen wäre. Solche Orte werden neu entstehen, sich erweitern, ob das der Platz in T4/T5 sein wird oder der Rheinauer Markplatz, Gastronomie und Hotellobby am Paradeplatz, die Bibliothek als Ort der Bildung und Begegnung, das Forum der deutschen Sprache, das die Tschira-Stiftung bauen wird, die wiederbelebte Multi-Halle, die U-Halle, Spinelli und die neue Parkmitte im Luisenpark, das Herzogenriedbad, die neuen öffentlichen Räume und Angebote, die neben Wohnen und Arbeiten auf beiden Seiten des Neckars an der Schafweide und am Collini-Center entstehen. Die Stadt wird lebendiger werden, nicht weniger anregend sein.

Das dichte Angebot dieser dritten Orte ist im Kern das, was „Stadt“ ausmacht. Sie ermöglichen uns Alleinsein oder das Zusammensein mit wenigen und Gemeinschaft mit vielen gleichzeitig. Der Schriftsteller und Kritiker Alfred Polgar hat das vor fast 100 Jahren so beschrieben: "Im Kaffeehaus sitzen Leute, die allein sein wollen und dazu Gesellschaft brauchen".

Schon mit den Distanzregeln und Hygienekonzepten ging das weitgehend verloren, denn auch die großstädtisch distanzierte Begegnung ist dennoch eine Begegnung, ist Kommunikation.

Die Sehnsucht danach – das ist meine feste Überzeugung – ist ungebrochen.

Der Verlust des Großstädtischen und die Spannungen einerseits und die positive Entdeckung von Nachbarschaft andererseits haben noch einmal die Frage aufgeworfen, was städtisches Leben eigentlich bedeutet und wie wir es organisieren wollen.

Lassen Sie mich eine Antwort versuchen: Die Stadt ermöglicht Zugehörigkeit - und die Krise hat diese Möglichkeit durch neue Netzwerke und die Wahrnehmung der eigenen Nachbarschaft vergrößert – die Stadt erzwingt sie aber nicht. Für sich sein können, ohne isoliert zu sein, ist die andere Möglichkeit, die nur die Stadt eröffnet.

Diese Freiheit in der Stadt setzt aber voraus, dass ich nicht ständig von anderen bewertet werde, ich unbeachtet bleiben darf.

Urbanität bedeutet nicht große Gebäude. Urbanität ist eine Haltung, ist eine Praxis der Nichteinmischung, der Indifferenz, wie das der Philosoph und Soziologe Georg Simmel Anfang des letzten Jahrhunderts schon beschrieben hat. Die Toleranz der Großstadt ist in Gefahr, wenn wir zu viel voneinander verlangen.

Vielleicht liegt auch hier eine Antwort auf manche gesellschaftliche Spannung, die nicht nur durch die ständige Betonung von Unterschieden, sondern auch durch den Anspruch, die eigenen Normen auch durchsetzen zu wollen, verschärft wird.

Der Münchner Soziologe Armin Nassehi hat es so formuliert: Urbanität heißt wechselseitige Freiheitsanerkennung und Regeleinhaltung. Es heißt nicht wechselseitige Akzeptanz, sondern Duldung. In einer Stadt kommt zusammen, was zunächst einmal nicht zusammengehört. Das ist ihre Faszination - und ihr Potential. Verlangen wir zu viel Gemeinschaft und Konformität, kann das nicht funktionieren. Statt „leben und leben lassen“ gehen wir uns gegenseitig auf die Nerven. Funktionieren kann das zivilisierte, distanzierte Miteinander aber nur dann, wenn Regeln eingehalten werden, wenn das Verhalten der einen nicht die Freiheit der anderen einschränkt.

Wenn das alles nur mit Überwachung funktioniert, verliert Stadt ebenso ihren Charakter. Wenn uns ein anderer Lebensstil, der uns nicht tatsächlich berührt, allein dadurch, dass wir ihn wahrnehmen, belastet, sind wir falsch in der Stadt. Wir dürfen dafür umgekehrt erwarten, dass wir uns sicher fühlen können und unbehelligt bleiben, wenn wir dies wünschen.

Die Qualität unserer Stadt war und ist diese Balance – das großstädtische Gepräge, die gleichzeitig Sicherheit vermittelnde Überschaubarkeit sowie Nähe und Gemeinschaft, wenn wir sie wollen.

Diese Qualität ist eine großartige Antwort auf Verunsicherung, Pessimismus und überzogene Erwartungen. Lassen Sie uns diesen, unseren Stadtcharakter als große Stärke verstehen, um diesen so angespannten und ständig nach Auflösung von Konflikten und letzten Wahrheiten suchenden Zeiten unaufgeregt zu begegnen. Mit dem Selbstbewusstsein der Bewohner einer Stadt, die ihre besten Zeiten ihrer Weltoffenheit und ihrem Optimismus verdankte.

In diesem Sinne wünsche ich uns ein Jahr, in dem die Urbanität unserer Stadt wieder zu blühen beginnt und sie uns allen Orientierung gibt!